

Das passt zusammen

Wie SPD und Grüne die soziale Segregation vorantreiben

Da reibt man sich die Augen: Unser Senator gab dieser Tage in der Oberstufe der Brecht-Schule eine Unterrichtsstunde. Eine Verbeugung vor den Eltern, die meinen, die staatlichen Schulen seien nicht gut genug für ihre Kinder. Ich behaupte, dass es den meisten Eltern nicht um das besondere bildungspolitische Profil dieser privaten Bildungseinrichtung geht, sondern vornehmlich um die Flucht aus einem sozialen Milieu, das sie für ihren Nachwuchs für nicht förderlich halten.

Gestützt wird meine Annahme durch eine viel beachtete Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung vom Mai 2018, die einen rasanten Anstieg der sozialen Segregation in deutschen Städten nachweisen konnte. Die Wissenschaftler_innen zeigen, dass der Anteil privater Schulen in westdeutschen Städten einen signifikant desintegrierenden Effekt hat – besonders dort, wo gleichzeitig viele Kinder und viele Arme wohnen. In vielen Fällen hat dies einen Umzug der Bessergestellten zur Folge. Die andere Option bildungsbewusster Eltern, die ihre Kinder nicht auf die behördlich zugewiesenen Schulen schicken wollen, sind Privatschulen. Private Schulen sorgen somit dafür, dass sozial bessergestellte Familien seltener aus benach-

teiligten Quartieren wegziehen. Im Gegenzug ist davon auszugehen, dass die soziale Trennlinie dann zwar weniger zwischen den Wohnquartieren, dafür aber

Man sollte einen sozialdemokratischen Senator schon fragen, welche Vorteile er denn in dem Privatschulwesen ausmacht

stärker zwischen öffentlichen und privaten Schulen verläuft. Dazu passt, dass es für die rund 20 000 Kinder in Hamburg, die eine Privatschule besuchen – das sind etwa zehn Prozent aller Schüler_innen an allgemeinbildenden Schulen – jetzt eine gute Nachricht gibt: Die Schulbehörde erhöht die Zuschüsse für die Privatschulen in diesem und im kommenden Jahr um acht Millionen Euro oder umgerechnet um gut fünf Prozent. Darüber hinaus stehen in den nächsten Jahren einmalig 25,5 Millionen Euro für Investitionen aus Mitteln der Stadt und des Bundes bereit. Wie heißt doch gleich der Titel einer jüngst von der SPD – nahe Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Schrift? Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an

– eine sozialdemokratische Erzählung, so der Titel. Glaubwürdigkeit misst man an den Taten.

In seiner Unterrichtsstunde antwortete der Senator auf die Frage einer Schülerin, ob er Privatschulen für gerecht halte, sie hätten Vor- und Nachteile. Solange sie nur einen kleinen Teil der Bildungslandschaft ausmachen, sei es unproblematisch. In Hamburg mache ihr Anteil etwa zehn Prozent aus, in England dagegen etwa 28 Prozent. Bei einem Anteil von 30 oder 40 Prozent Privatschulen hierzulande würde er aber unruhig. D.h., er sieht noch deutlich Luft nach oben?! Und man sollte einen sozialdemokratischen Senator schon fragen, welche Vorteile er denn in dem Privatschulwesen ausmacht. Vorteile vor allem für wen? Diese Fragen wurden anscheinend nicht gestellt.

Man ahnt, dass es beim Senator ähnliche Motive sind, die auch die Grünen zu ihrer jüngsten schulpolitischen Entscheidung getrieben haben. Es geht um ein großzügiges Angebot an das bildungsbewusste urbane Wähler_innenklientel. Die einst explizit für längeres gemeinsames Lernen angetretene Partei will nämlich den Schulen das Recht einräumen, 30 Prozent ihrer Schüler_innenschaft selbst aussuchen zu dürfen.

Was erstmal harmlos klingt,

Quelle: Hamburger Haushalt 2019/20

	Ist 2016	Ist 2017	Fortg. Plan 2018	Plan 2019	Plan 2020	Plan 2021	Plan 2022
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Förd. Allgild.Schulen, Ersatzschulen							
Erlöse	9.893	8.118	8.335	8.246	8.261	8.276	8.292
Kosten	153.430	159.709	159.534	166.401	169.967	173.109	176.329
Jahresergebnis einschließlich der globalen Mehr- / Minderkosten	-143.538	-151.592	-151.199	-158.155	-161.706	-164.833	-168.037

243 Schulen in freier Trägerschaft (SFT) kassieren somit im nächsten Jahr 158 Millionen Euro

ist vor dem Hintergrund des zu erwartenden segregierenden Effekts alles andere als bedeutungslos. Auch hier hinter verbirgt sich das Angebot an die bildungsbewussten Eltern, ihre Kinder zu separieren. So wage ich zu behaupten, dass die meisten Anmeldungen an den altsprachlichen Gymnasien weniger aus der Liebe zu Latein oder Altgriechisch herrühren, sondern von dem Motiv gespeist sind, die Berührung der Kinder mit dem Nachwuchs so genannter bildungsferner Kreise zu vermeiden.

Die jüngst in dem Papier der Gymnasiallehrer_innen aufgestellte Forderung nach mehr Möglichkeiten, ein eigenes Profil anbieten zu können, weist in dieselbe Richtung (s. hlz 9-10/2018, S. 16/17). Von daher darf man gespannt sein, ob ‚unser‘ sozialdemokratischer Schulsenator auch hier dem Drängen der Grünen nachgibt. Fairer Weise muss man nämlich sagen, dass die SPD vor nunmehr fünf Jahren – zusammen mit den Grünen – einen Erlass auf den Weg gebracht hatte, nach dem als entscheidendes Kriterium für den Anspruch auf einen Platz an einer bestimmten Schule allein die Entfernung zu selbiger zählt. Was für manche betroffenen Eltern auf den ersten Blick widersinnig erschien, war immerhin der Versuch, die Dynamik der sozialen Segregation zu bremsen.

Das heißt: jeder/m politisch Verantwortliche_n ist die Problematik bewusst. Nicht umsonst sagt das der Schulbehörde eigene Institut für Bildungsqualität (IfBQ) in seinem aktuellen Bildungsbericht eindrücklich, was Sache ist: „Hamburg zeichnet sich durch große soziale Unterschiede in den verschiedenen Regionen und Stadtteilen aus. Sozial schwache Stadtteile sind durch eine Kumulation von Problemlagen geprägt. Damit einher gehen unterschiedliche Chancen auf Bildungsteilhabe, die einen

großen Einfluss auf die weitere Lebensgestaltung haben. (Hamburger Bildungsbericht 2017, S. 11)

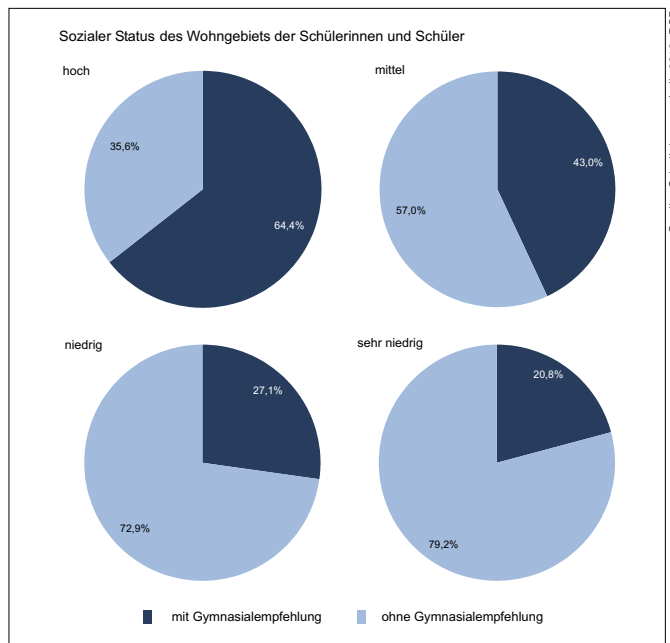
Es geht um ein großzügiges Angebot an das bildungsbewusste urbane Wähler_innenklientel

Wieso, fragt man sich, sind diese zurzeit ja Regierungsverantwortung tragenden Parteien bereit, sehenden Auges die Spaltung der Gesellschaft voranzutreiben? Wieso wird das Ganze noch garniert mit dem euphe-

verlängert haben und damit das gegliederte Schulwesen in Form des Hamburger 2-Säulen-Modells zementierten. Die Antwort auf die Frage oben ist banal: Es geht um den Machterhalt. Dass die Grünen mit dieser auf das gebildete Mittelschichtsmilieu gerichteten Politik zurzeit Erfolg haben, sagt noch nicht, dass den Sozialdemokraten dies ebenso gelingen könnte.

Dabei war die immer so auf ihre Tradition bedachte Sozialdemokratische Partei einst viel weiter. Vor genau 100 Jahren war sie es, die beim Zusammenbruch des Kaiserreichs an der Schaffung einer Republik maßgeblich beteiligt war, in der es

Abb. 7.4: Fünftklässlerinnen und Fünftklässler mit Übergangsempfehlung für das Gymnasium nach sozialer Herkunft im Schuljahr 2016/17



Quelle: Schullehrerstatistik 2016, BSB

Sage mir, wo du wohnst und ich sage dir, was du wirst

mistischen Gebrauch des Begriff Schulfrieden, sprich: in der Konsequenz dem Denkverbot in Hinblick auf ein gerechteres System? Man erinnere sich, dass die Grünen, einst explizit angetreten für längeres gemeinsames Lernen, kurz vor den Sommerferien den so genannten Schulfrieden

– zumindest aus sozialdemokratischer Sicht – im Wesentlichen um mehr soziale Gerechtigkeit ging. Damals forderten Sozialdemokraten – man kann es kaum glauben – ohne Wenn und Aber die Einheitsschule! (s. S. 56ff)

JOACHIM GEFFERS